

Protokoll der Onlinesitzung des JHA vom 18.02.2021 und der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren

Zeit: 16:40 – 17:35 Uhr

Teilnehmer/-innen und Gäste:
s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Frau Hüsken
Protokoll: Herr Grönert

Bremen, den 26. Februar 2021

Frau Hüsken teilt mit, dass die für den 10. März 2021 im Hybridformat geplante Sitzung aufgrund der aktuellen Pandemiesituation nun doch online stattfinden wird. Präsenzsitzungen sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn sich die Pandemielage entspannt hat.

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Der Bremer Jugendring hat einen Antrag gestellt (siehe Anhang) und bittet um Aufnahme in die Tagesordnung.

Die aktualisierte Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Corona

Herr Diener teilt mit, dass die Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe nun auch in der aktuellen Corona-Verordnung als Ausnahmetatbestand aufgenommen sei. Das schaffe mehr Rechtssicherheit, gleichwohl die Öffnung der Angebote auch vorher nicht verboten war. Unter Federführung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen und des Gesundheitsamts würden Mitarbeitende der Kinder- und Jugendhilfe aktuell dafür geschult, Schnelltests für die Mitarbeitenden der stationären Kinder- und Jugendhilfe selbst durchzuführen. Es werde zudem versucht, für Mitarbeitende der Kinder- und Jugendhilfe eine Priorisierung in der Impfreihenfolge zu vorzunehmen. Herr Diener bedankt sich bei den Aktiven in der Kinder- und Jugendhilfe, die trotz der schwierigen Rahmenbedingungen die Angebote weiter aufrechterhalten. Herr Schmitt wünscht sich hinsichtlich der Schnelltests in der Jugendhilfe mehr konzeptionelle Unterstützung. Herr Goldschmidt bittet darum, dass seitens der Behörde frühzeitig die Planungen für Angebote in den Oster- und Sommerferien aufgenommen werden. Dies sei aber auch fortwährendes Thema in der AG 78 Kinder- und Jugendförderung.

Herr Dr. Schlepper möchte darauf aufmerksam machen, dass auf allen Ebenen Bemühungen stattfinden, Angebote aufrecht zu erhalten. Dabei zeichne sich aktuell ab, dass die auf Drittmittel angewiesene Finanzierungssystematik vieler Träger aktuell zu Schwierigkeiten führe, dass viele Spender vor allem größere Unternehmen, deutlich und plausibel darstellen, dass sie Schwierigkeiten haben, Mittel für Spenden aufzubringen. Dieser Umstand könnte insgesamt dazu führen,

dass zukünftig mit einer Reduzierung mancher Angebote gerechnet werden müsse. Freu Pfeiffer teilt mit, dass letztes Jahr ein Unterstützungsfonds für Vereine aufgelegt worden sei.

Herr Jablonski ergänzt für den Bereich der Kindertagesbetreuung, dass es in den vergangenen Wochen einen sehr engen Austausch zwischen Behörde und den freien Trägern gegeben habe. Es gebe in dem Bereich eine deutliche Entspannung was das Infektionsgeschehen anbelange. Laut Senatsbeschluss wird ab dem 01.03.2021 in Reaktionsstufe 1 gewechselt, was wieder volle Betreuungszeiten für alle Kinder ermögliche. Die Träger könnten jetzt bereits schrittweise ihre Angebote umsteuern, der 01.03. sei aber bewusst gewählt worden, damit genug Zeit für behutsame Änderungen und eine gewisse Kontinuität vorhanden sei. Es erfolge eine Flankierung der Öffnung durch zusätzliche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz. Bis Ende der Osterferien solle in flächendeckende Corona-Selbsttestungen eingestiegen werden. Neu sei zudem, dass das Tragen von medizinischen Masken im Ü3-Bereich verpflichtend sein soll. In U3-Gruppen sei es den Mitarbeitenden freigestellt und bleibe auf Ebene einer Empfehlung. Weiterhin gelten werde das Ampelsystem, bei einem örtlich auftretenden Infektionsgeschehen würden die Einrichtungen in eine höhere Reaktionsstufe wechseln.

Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit

Frau Ahrens fragt nach dem Bearbeitungssachstand des fraktionsübergreifend in die Stadtbürgerschaft eingebrachten Beschlusses zur Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit. Frau Schrader teilt mit, dass das Thema in Arbeit sei. Sie sei in regem Austausch mit dem ServiceBureau. Es gebe auch bereits einen Austausch mit SKB, wobei sich abzeichne, dass dort der Zugang über die Lernplattform „itslearning“ für die Offene Jugendarbeit kritisch gesehen werde. Sie gehe davon aus, dass es zügig erste Arbeitsergebnisse gebe. Auch die AG 78 Kinder- und Jugendförderung befasse sich mit dem Thema.

Frau Schrader teilt im Anschluss der Sitzung folgende zeitliche Perspektive mit:

Befassung des JHA am 15.04.2021

Senatsbefassung am 20.04.2021

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.12.2020

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 10.12.2020 wird genehmigt.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 04: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2021

Frau Ahrens bittet um Änderung der folgenden Abschnitte (Änderungen in Fett gedruckt):

TOP 06: Sachstand SGB VIII-Reform (Präsentation)

....

Frau Ahrens begrüßt ausdrücklich, dass Veränderungen im SGB VIII geplant seien. Sie sehe manch kritische Anmerkungen von Herrn Diener anders. Frau Ahrens weist darauf hin, dass das Landesjugendamt **nach der heutigen Gesetzeslage und dem Frankfurter Kommentar bei begründetem Verdacht** jederzeit unangekündigte Besuche machen **kann**. Dafür brauche es die Gesetzesänderung nicht. **Sie diene lediglich der Klarstellung.**

Auf Nachfrage führt Herr Diener aus, dass bezüglich dem Beratungsanspruch von Kindern und Jugendlichen ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten der aktuell noch in §8(3) SGB VIII vorhandene Satzteil „wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist“ entfallen solle. Frau Ahrens betont die Notwendigkeit niedrigschwelliger **internen und externen** Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, **wie es das der Entwurf jetzt vor-**

schreibt. Herr Diener betont, dass Bremen in dem Bereich vergleichsweise gut aufgestellt sei, da es mit dem BeBeE schon eine unabhängige Beratungsstelle gebe. Herr Diener wirbt darum, Kinder, Jugendliche und Familien bei Schwierigkeiten in Richtung BeBeE zu vermitteln.

Frau Ahrens widerspricht Herrn Diener, dass das BeBeE hier ausreichend sei ohne personelle Ertüchtigung und Durchgriffsrechte benötige wie die andern Beauftragten des Landes z.B. Landesbehindertenbeauftragter etc. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag zu einem Kinderschutzbeauftragten der CDU.

Usw.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 13.01.2021 wird genehmigt.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 05: Stiftung Anerkennung und Hilfe

Frau Hellbach führt in die Vorlage ein. Die Debatte wurde bereits im LJHA am heutigen Tag geführt.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die erfolgte Laufzeitverlängerung der Stiftung Anerkennung und Hilfe zur Kenntnis und begrüßt die bis zum 30.06.2021 verlängerte Antragsfrist für Betroffene.

2. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die den Bremer Forschungsbericht „Studie zur Situation von Bremer Kindern und Jugendlichen in den stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie zwischen 1949 und 1975“ zur Kenntnis.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 06: Antrag des Bremer Jugendring

Herr Edwards führt in die Vorlage ein. Er erklärt, dass es aus Sicht der Verbände einer Mitnahme im Vorfeld des Konzeptes bedarf. Herr Lenhart teilt mit, dass er sich auf den gemeinsamen Prozess im Sinne der Jugendverbände und gute Zusammenarbeit freue. Herr Goldschmidt teilt mit, dass ein Rahmenkonzept oder ein Papier zur Stärkung der Jugendverbände sehr begrüßt werde, es aufgrund der heterogenen Struktur der Verbände im Vorfeld noch Abstimmungsbedarf gebe.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Herr Lenhart, Herr Goldschmidt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, dass ein Verfahrensvorschlag zur Erstellung eines Papiers für die Beschreibung von Qualitäten, Aufgaben, Stärkungen und Weiterentwicklungen unter Einbezug der Jugendverbände in der Stadt Bremen bis zu dem Jugendhilfeausschuss am 15.7.2021 erarbeitet wird. Ggf. und je

nach weiteren Auswirkungen der Coronalage kann dieser Termin auch für einen Sachstandsbericht genutzt werden. Dabei soll der Bremer Jugendring – Landesarbeitsgemeinschaft Bremer Jugendverbände e.V. als beratender Akteur mit einbezogen werden. Der Bremer Jugendring führt einen Mitgliederaus-schuss am 25. Februar 2021 zu dieser Thematik durch. In Kombination dazu könnte in einem gemeinsamen Termin am 17.4.2021 mit möglichst allen Verbänden ein Stimmungsbild für ein mögliches Verfahren generiert werden. Auch sollte die AG nach §78 SGB VIII die Möglichkeit erhalten, sich mit der Thematik im Vorfeld zu befassen.

Zustimmung: 15
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 07: Berichte der Verwaltung

Ausbildungsfonds

Herr Lenhart teilt mit, dass alle 10, die Anforderungen erfüllenden, Anträge positiv beschieden worden seien. Herr Tuncel, Frau Görgü-Philipp, Frau Krümpfer und Herr Barde bringen ihre Freude zum Ausdruck, dass das Programm so zügig umgesetzt werden kann.

TOP 08: Verschiedenes

Nachfrage AG 78 Jugendhilfeplanung

Herr Schmitt bittet um Sachstandsbericht zur Konstituierung in der nächsten JHA-Sitzung. Herr Diener sagt diesen zu.

Nachfrage zum Umsetzungsstand Jugendbericht

Herr Goldschmidt fragt nach, ob die entsprechende Stellenbesetzung inzwischen erfolgt sei. Frau Schrader teilt mit, dass das Stellenbesetzungsverfahren in den letzten Zügen sei. Der Mitbestimmungsantrag sei gestellt und sie hoffe auf eine schnelle Besetzung der Stelle. Dann könne die Arbeit am Jugendbericht zügig aufgenommen werden.

für das Protokoll:

Timon Grönert

Antrag an den JHA – 18.02.2021

Wir bitten die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, dass ein Verfahrensvorschlag zur Erstellung eines Papierses für die Beschreibung von Qualitäten, Aufgaben, Stärkungen und Weiterentwicklungen unter Einbezug der Jugendverbände in der Stadt Bremen bis zu dem Jugendhilfeausschuss am 15.7.2021 erarbeitet wird. Ggfls. und je nach weiteren Auswirkungen der Coronalage kann dieser Termin auch für einen Sachstandsbericht genutzt werden.

Dabei soll der Bremer Jugendring – Landesarbeitsgemeinschaft Bremer Jugendverbände e.V. als beratender Akteur mit einbezogen werden. Der Bremer Jugendring führt einen Mitgliederausschuss am 25. Februar 2021 zu dieser Thematik durch. In Kombination dazu könnte in einem gemeinsamen Termin am 17.4.2021 mit möglichst allen Verbänden ein Stimmungsbild für ein mögliches Verfahren generiert werden. Auch sollte die AG nach §78 SGB VIII die Möglichkeit erhalten, sich mit der Thematik im Vorfeld zu befassen.

Begründung:

Die Erstellung eines Papierses für die Beschreibung von Qualitäten, Aufgaben und Weiterentwicklungen der Jugendverbände und zur Stärkung dieser bedarf eines intensiven und transparenten Einbezugs aller Akteure. Der zu großen Teilen ehrenamtlichen Struktur, der Selbstorganisation und der Eigenständigkeit, sowie der Heterogenität und der Pluralität der Verbände sollte in einem professionellen und zeitadäquaten Verfahren Rechnung getragen werden.

17.02.2021

Bremer Jugendring – Landesarbeitsgemeinschaft Bremer Jugendverbände e.V.



Aktualisiertes Protokoll der Onlinesitzung des JHA vom 13.01.2021 und der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren

Zeit: 14:00 –15:25 Uhr

Teilnehmer/-innen und Gäste:
s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Tuncel
Protokoll: Herr Grönert

Bremen, den 13. Januar 2021

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Nachfolge Abteilungsleitung Abteilung 2 (Junge Menschen und Familie)

Herr Diener wird zum 01.02.2021 die Nachfolge von Frau Frank in der Leitung der Abteilung Junge Menschen und Familie bei SJIS antreten.

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.11.2020

Das Protokoll der Sitzung vom 12.11.2020 wird genehmigt.

TOP 04: Interessenbekundungen – Weitere Umsetzungsempfehlungen

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht „Interessenbekundungen – Weitere Umsetzungsempfehlung“ zur Kenntnis.
2. Walle: Es wird empfohlen den Standort Auf der Muggenburg/Global Education gGmbH (4 Gruppen) umzusetzen.

Zustimmung: 13
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 05: Handlungshilfe zum BremAOG

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht „Handlungsleitfaden zum BremAOG“ zur Kenntnis und beschließt den anliegenden Handlungsleitfaden.

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 06: Sachstand SGB VIII-Reform (Präsentation)

Herr Diener führt in das Thema ein.

Die Power-Point-Präsentation wird zeitnah per E-Mail versandt und dem Protokoll angehängt.

Frau Ahrens begrüßt ausdrücklich, dass Veränderungen im SGB VIII geplant seien. Sie sehe manch kritische Anmerkungen von Herrn Diener anders. Frau Ahrens weist darauf hin, dass das Landesjugendamt nach der heutigen Gesetzeslage und dem Frankfurter Kommentar bei begründetem Verdacht jederzeit unangekündigte Besuche machen kann. Dafür brauche es die Gesetzesänderung nicht. Sie diene lediglich der Klarstellung.

Auf Nachfrage führt Herr Diener aus, dass bezüglich dem Beratungsanspruch von Kindern und Jugendlichen ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten der aktuell noch in §8(3) SGB VIII vorhandene Satzteil „wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist“ entfallen solle. Frau Ahrens betont die Notwendigkeit niedrigschwelliger internen und externen Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, wie es das der Entwurf jetzt vorschreibt. Herr Diener betont, dass Bremen in dem Bereich vergleichsweise gut aufgestellt sei, da es mit dem BeBeE schon eine unabhängige Beratungsstelle gebe. Herr Diener wirbt darum, Kinder, Jugendliche und Familien bei Schwierigkeiten in Richtung BeBeE zu vermitteln.

Frau Ahrens widerspricht Herrn Diener, dass das BeBeE hier ausreichend sei ohne personelle Ertüchtigung und Durchgriffsrechte benötige wie die andern Beauftragten des Landes z.B. Landesbehindertenbeauftragter etc. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag zu einem Kindeschutzbeauftragten der CDU. Frau Ahrens fragt zudem nach, wo aus Sicht von Herrn Diener noch eine Stärkung des Sozialraumes als notwendig erachtet werde. Nach ihrer Einschätzung sei Bremen in diesem Bereich schon recht weit. Herr Diener bestätigt die Einschätzung weist aber darauf hin, dass die häusliche Absicherung bei einer rechtlichen Verankerung eine höhere sei.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Frau Ahrens, Frau Görgü-Philipp, Herr Ziegler

TOP 07: Berichte der Verwaltung

Ausbildungsfonds

Herr Lenhart berichtet, dass zur Antragsfrist 03.12.2020 lediglich ein vollständiger Antrag eingegangen ist, der auch bewilligt werden konnte. Ein zweiter Aufruf zur Antragstellung mit verlängerter Frist bis 22.01.2021 bietet weiteren Trägern die Möglichkeit eine Anerkennung als Praxisstelle zu erlangen und einzureichen. Zu den weiteren 9 bislang eingereichten Anträgen steht das Referat Kinder- und Jugendförderung in Kontakt mit den Trägern und dem Referat Ausbildung sozialpädagogischer Fachkräfte bei der Senatorin für Kinder und Bildung. Im nächsten Jugendhilfeausschuss wird erneut zum Sachstand berichtet.

Förderung überregionaler Angebote

Herr Lenhart berichtet zu zwei Beschlüssen des JHA am 12.11.2020.

Zur Überprüfung der Förderkriterien führt Herr Lenhart aus, dass die Einrichtung einer UAG aus der AG nach § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung heraus erfolgen wird. Die nächste Sitzung der AG 78 findet am 10.02.2021 statt. Arbeitsgrundlage bilden die Kriterien und JHA-Beschlüsse. Nach ihrer Einrichtung kann die UAG den Arbeitsprozess aufnehmen. Wenn bis Ende März ein Arbeitsergebnis erreicht wird, kann es dem JHA am 15.04.2021 vorgelegt werden. Zumindest wird am 15.04.2021 ein Zwischenbericht gegeben.

Zur Information über die Förderung überregionaler Angebote erläutert Herr Lenhart, dass die erste, von den Trägern erbetene Informationsveranstaltung mangels Rückmeldungen der Träger nicht stattgefunden hat. Das Referat Kinder- und Jugendförderung geht gerne erneut auf die Träger zu und sammelt ihre Fragen. Auf deren Grundlage kann dann voraussichtlich im Juni 2021 eine Informationsveranstaltung angeboten werden.

TOP 08: Verschiedenes

Mitteilung über Änderungen in der Besetzung der AGs nach §78 SGB VIII

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Veränderung der Mitglieder für die Arbeitsgemeinschaft „Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche“ zur Kenntnis.

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Jugendfreizeitheim Huchting

Herr Diener teilt mit, dass es einen Wechsel in der Trägerschaft geben werde. Zwischen dem bisherigen Träger Outlaw und dem AfSD sei zum 30.06.2021 ein Aufhebungsvertrag geschlossen worden. Es werde zeitnah ein durch den Controlling-Ausschuss Huchting vorbereitetes Ausschreibungs- und Interessensbekundungsverfahren geben.

für das Protokoll:

Timon Grönert